

SICHERLEBEN

Wichtige Informationen für Mandanten und Geschäftsfreunde der Firma Pscherer GmbH, 91054 Erlangen



Altersvorsorge

Sicher planen mit Rentenversicherungen wie Investmentfonds.

Zu unserem Thema „Sicher Leben“ gehört auch die „sichere“ Planung einer (zusätzlichen) Altersvorsorge. Hier soll dem nachgegangen werden, was dabei „sicher“ bedeutet.

Fangen wir mit dem an, was der Sicherheit entgegensteht. Das ist die Gier nach Rendite. Die Gier lässt Menschen Risiken eingehen, die sie – bei vernünftiger Betrachtung – nicht eingehen würden. Und dann verlieren bzw. genauer ver“spielen“ sie gute Teile ihres Geldes, oder auch ihr ganzes Geld. z.B. vernichtet in dem Hochsteuerland Deutschland die Gier Steuern zu sparen seit Jahrzehnten regelmäßig kleine wie große Vermögen.

Bei vernünftiger Betrachtung wird man Risiko und Rendite in ein „passendes“ Verhältnis zueinander setzen. In Deutschland sind die Sparer und Anleger in der Regel sehr sicherheitsorientiert und risikoscheu und verzichten lieber auf mehr Rendite; es sei denn, die Gier befällt sie (s.o.).

Wirksame Sicherungsmechanismen erhöhen die Sicherheit und reduzieren die Rendite; das eine ist ohne das andere nicht zu haben.

Ein Beispiel:

Zu einem persönlichen Zieldatum (z.B. Rentenbeginn) soll eine möglichst hohe Rendite erzielt werden. Ein Sicherungsmechanismus soll aber übermäßige Risiken vermeiden.

Zu fragen ist zunächst, ob der Sicherungsmechanismus eine förmliche Garantie beinhalten soll oder nicht. Eine förmliche Garantie erhöht wiederum die Sicherheit – und schmälert die Rendite.

Anschließend folgen steuerliche Überlegungen mit Einbezug der neuen Abgeltungssteuer ab 2009.

Liebe Leserin,
Lieber Leser,



die Fülle wichtiger Informationen und die aktuelle „Subprime“-Krise, die zur weltweiten Finanzkrise mutiert ist, erlauben diesmal nur ein kurzes Editorial.

Nehmen Sie sich die Zeit, auch diese Ausgabe entspannt zu lesen und die Inhalte für sich umzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen,

Ihr



Gerhard Pscherer

Im Ergebnis werden dann gezielt Investmentfonds und/oder Rentenversicherungen ausgewählt, und es entstehen Lösungen, die genau passen.

Die Ergebnisse sind immer individuell und nicht „von der Stange“. Auf diese Lösungen sind wir spezialisiert, und Sie erhalten exakt das, was Ihnen und Ihrem Profil entspricht.

Hinweis

Sicherheit und Rendite gehören in einen individuellen strategischen Rahmen. Dieser muss zuerst bestimmt und anschließend optimal mit Inhalt gefüllt werden. Eine anspruchsvolle Aufgabe, die bei uns in guten Händen ist.

// Gerhard Pscherer //



Alters- vorsorge: Sicher Leben trotz Finanzkrise

Erst vor wenigen Jahren platzte die Spekulationsblase bei den Aktien. Jetzt in 2008 platzt die mit faulen amerikanischen Hypothekenkrediten. Was wir für unsere private Vorsorge lernen können.

Wir müssen privat vorsorgen für unsere finanzielle Absicherung im Alter. Daran führt kein Weg mehr vorbei. Und wir wollen auch darüber hinaus Geld sicher und rentabel anlegen.

Wie das durch relativ einfache Überlegungen und Regeln zu erreichen ist, das zeigt der Leitartikel in dieser Ausgabe. Hier soll deutlich werden, dass auch kurzfristige Krisen unsere Ziele nicht gefährden, wenn Strategie und Rahmen stimmen!

Hinweis

Bitte beachten Sie den „Schaukasten“ in dieser Ausgabe. Und gleichberechtigt bitte den Leitartikel: Es geht auch trotz unvorherzusehender Krisen positiv nach vorne.

// Gerhard Pscherer //

Die Subprime-Krise als weltweite Finanzkrise.

Als im Jahre **2000** die Aktienblase platzte, war es anders. Jeder wusste, bzw. konnte es wissen, dass ein Trend die Aktienkurse in astronomische Höhen getrieben hatte, und dass es nur eine Frage der Zeit war, bis dieser Trend endete, kippte und in die andere Richtung umschlug. So konnte jeder planen wenn er wollte.

Anfang **2008** platzte eine ganz andere Blase, urplötzlich und aus heiterem Himmel (= gut laufende Weltwirtschaft). Kein Verbraucher und wohl auch kein Finanzberater konnte im Vorfeld das hereinbrechende Unwetter auch nur erahnen. Das liegt zum großen Teil daran, dass staatliche Stellen und Organisationen weltweit davon wussten, mitmachten und schwiegen.

Was war geschehen? Ausgehend von der falschen Idee, dass es keine kreditunwürdigen Kunden gibt, sondern nur „falsche“ Finanzierungen, kreierten US-Banken unsinnigste Finanzierungsmodelle für kreditunwürdige Kunden und finanzierten diesen im großen Stil (sehr häufig telefonisch) Immobilienkäufe, meist mit „Angaben zum Einkommen, die nicht nachgeprüft wurden“. Insgesamt wurden so **seit 2001** Immobilienkredite von „über 5.000 Milliarden US-Dollar“ vorwiegend an „Kunden geringer Bonität“ vergeben, die sich zunehmend als vollkommen wertlos erweisen.

Dann fielen die Häuserpreise und die Zinsen stiegen, und das Desaster offenbarte sich. Die US-Notenbank verschlimmerte es noch, indem sie dieses in sich morsche System „mit drastischen Zinssenkungen“ „am Laufen“ hielt. Die Konjunktur und gute Aktienkurse erschienen ihr wohl wichtiger.

Die US-Banken indes „entledigten“ sich eines Teils ihrer faulen Kredite. Dazu schnürten sie ihre (faulen) Kredite zu Paketen und verkauften diese als „verbriefte Wertpapier-Pakete“ (!) an andere Banken. „Bewertet“ wurden diese durch Agenturen und/oder „mathematische Modelle“. Diese „Pakete“ wurden dann wieder „aufgeschnürt, bis zur Unkenntlichkeit neu verpackt und weltweit weiterverkauft an andere Banken, Investment- und Hedgefonds sowie Versicherungen“; und auch an betriebliche und berufsständische Versorgungswerke, wo nun „die Finanzkrise auf die Renten drückt“.

So wurde eine gigantische Spekulationsblase mit faulen Krediten zuerst erzeugt und dann bis zu ihrem Platzen – auch staatlicherseits – gepflegt. Der Öffentlichkeit wurde dies bis zum Platzen der Blase verschwiegen.

Wie viel von den an Krediten vergebenen „über 5.000 Milliarden US-Dollars“ tatsächlich „faul“ sind, ist unklar. „Die Welt“ schätzte am 21.11.2007 (S. 23) „350 Milliarden US-Dollar alleine für 2008“.

Die staatlichen Organisationen in den USA haben völlig versagt, indem sie jahrelang wussten und schwiegen. Und als die Blase dann zu platzen begann, hat die

US-Notenbank diese mit Zinssenkungen sogar weiter begünstigt.

Die staatlichen Organisationen in Deutschland bieten kein besseres Bild. Im Gegenteil „hat die Krise besonders die Staatsbanken erwischt“! Und das aus gutem Grund: „Ihr Geld bekommen die Landesbanken vor allem von den Sparkassen. Das aber müssen sie verzinsen. Dafür brauchen sie Anlagen, die eine hohe Rendite einbringen. Das setzt sie erheblich unter Druck. So waren sie immer auf der Suche nach höheren Renditen – die aber bedeuten auch höheres Risiko.“ Bei so mancher Landesbank wurden die faulen amerikanischen Kreditpakete (Verzierung: „verbriefte Wertpapier-Pakete“) zur „zentralen Säule des Ertrags“.

„Kollektiv versagt haben in der Krise auch die Aufsichtsräte der Staatsbanken. In denen sitzen meistens Politiker. Jeder Landesfürst ist stolz auf „seine“ Bank. ... Auch im Verwaltungsrat der staatlichen Förderbank KfW tummeln sich lauter Politiker – 22 insgesamt, darunter allein fünf Bundesminister und Oskar Lafontaine. ... Der Chef einer Bank merkt vorsichtig an: „Nicht immer ist wohl bei den Politikern das nötige Bank-Fachwissen da.“ Der Steuerzahlerbund formuliert es deutlicher: „Langfristig müssen die öffentlichen Banken privatisiert werden. Nur so lässt sich dieses Strukturproblem wirklich bekämpfen.“ (Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 17.02.2008, 39)

Laut Financial Times Deutschland (FTD) vom 06.04.2008 vernichtete alleine die Landesbank Bayern bis Ende des 1. Quartals 2008 „insgesamt 4,3 Milliarden €“. „Insgesamt sitzt das Institut auf einem Portfolio ... von 32 Milliarden €, von denen Bankchef Michael Kemmer 24 Milliarden € als kritisch bezeichnete.“

Aber auch etliche Privatbanken erscheinen in keinem guten Licht. Anfang April 2008 offenbarte sogar die renommierte Schweizer UBS so gigantische Spekulationsverluste, dass sogar der weltweite Ruf der Schweiz als Anlageland mit hoher Kompetenz ernsthaft beschädigt sein könnte.

Was bedeutet das für Sparer und Anleger?

Dass Staat und Politik kein Vertrauen verdienen, hat sich erneut bestätigt. Doch das ist nicht wirklich neu. Neu ist, dass „aus heiterem Himmel“ und urplötzlich Krisen ausbrechen, auf die man sich nicht vorbereiten/einstellen kann. Und die dann schlimme Auswirkungen haben besonders für Aktien- aber auch für Renten- und sogar Geldmarktfonds.

Es bleibt auch weiter bei den bekannten Regeln zur Geldanlage und Altersvorsorge, dass es um ein individuell passendes Risiko- und Renditeprofil geht, um Streuung der Anlagen und um gelegentliche Justierung der Anlage- und Vorsorgemaßnahmen. Der Leitartikel in dieser Ausgabe und der Beitrag zur Finanzkrise weisen die positive Richtung in die Zukunft.



Riestervertrag

Der sichere Lottogewinn

„Es ist fast wie ein sicherer Lottogewinn. Wer einen Riestervertrag abschließt, bekommt - je nach Einkommenshöhe, Steuerklasse oder Familienstand - entweder dicke Zuschüsse vom Fiskus oder kann besonders viel Steuern sparen.“

Jetzt in 2008 ist die höchste Förderstufe in Kraft getreten, und damit die Kundenvorteile am größten. Umso unverständlicher, dass rund „zwei Drittel aller förderungsberechtigten Beschäftigten auf die Geschenke vom Staat verzichten“.

Ab 2008 „erhöht sich für alle Sparer die Grundzulage von 114 Euro auf 154 Euro im Jahr. Auch die Steuervorteile werden größer. Statt bisher maximal 1575 Euro kann der Riester-Sparer jetzt bis zu 2100 Euro im Jahr von der Steuer absetzen.“

Das bedeutet, dass neben kinderreichen Familien besonders Bürger, die den Höchststeuersatz erreicht haben, profitieren.

Ein lediger Angestellter mit einem Jahreseinkommen von 70 000 Euro etwa bekommt vom Staat 826 Euro dazu, wenn er den geförderten Höchstbetrag von 2100 Euro einzahlt: 154 Euro Grundzulage, dazu eine Steuerersparnis von 708 Euro. Damit trägt der Staat 41,06 Prozent der Beiträge.“

Bei einem Ehepaar mit Kindern, bei dem beide Partner arbeiten (Jahresbruttoeinkommen 97 000 Euro), schießt so der Staat immer noch 28 Prozent der Beiträge zu.

Wer - wie die meisten - schon eine oder zwei (Lebens- bzw. Rentenversicherungs-

verträge) zur privaten Vorsorge abgeschlossen hat, sollte sich lieber für einen Fondssparplan oder einen Banksparplan entscheiden.“

Hinweis

Fondssparpläne sind vom Grundsatz her privaten Rentenversicherungen vorzuziehen; lediglich für die „Generation 55+“ stellen Banksparpläne die bessere Alternative dar.

// Gerhard Pscherer nach www.handelsblatt.com 01.2008 //

Totalverlust

RiesterRente wird mit Sozialhilfe verrechnet

Es gibt doch tatsächlich eine Bevölkerungsgruppe, für die „riestern“ nicht lohnt: spätere Rentner mit einer so niedrigen Gesamtrente, dass sie „auf Sozialhilfe angewiesen“ sind.

Denn in die Berechnung des Grundsicherungsanspruches fließt auch die private RiesterRente ein. Die staatliche Unterstützung wird „dann genau um den Betrag der angesparten RiesterRente gekürzt“.

„Der Wirtschaftsweisen Bert Rürup fordert laut ‚Monitor‘ eine Änderung der Gesetzeslage. Wer für die RiesterRente einzahle, müsse das Geld später tatsächlich zusätz-

lich in der Tasche haben.“ Dem ist nichts hinzuzufügen.

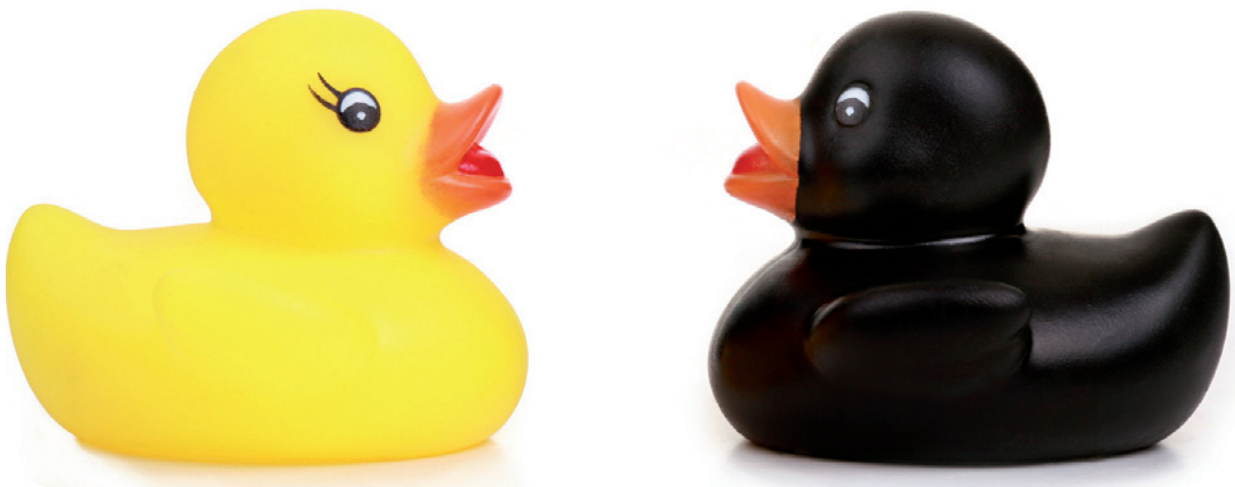
Hinweis

Für Beschäftigte mit überdurchschnittlichen Leistungen und Einkommen ist eine RiesterRente wie ein „sicherer Lottogewinn“ (vgl. Artikel oben). Am anderen Ende der Skala wäre eine Investition in eine RiesterRente der sichere Total-



verlust. Von der Politik gewollt, oder eher wie üblich nur „von der Ferse bis zur Zehe gedacht“?

// Gerhard Pscherer nach www.spiegel.de, 01.2008 //



Vergleich zweier Systeme

PflegeRente oder PflegeTagegeld?

Eine ergänzende Pflegeabsicherung ist heute existenziell ähnlich wichtig wie eine Berufsunfähigkeitsversicherung oder eine private Haftpflichtversicherung. Doch ist eine PflegeRente einem PflegeTagegeld vorzuziehen? Oder umgekehrt?

PflegeRente und -Tagegeld sind verschiedene Wege, um zum Ziel zu gelangen. Beide haben ihre Vor- und Nachteile. Hier sollen vereinfacht anhand von wichtigen Kriterien die Vor- und Nachteile beider Systeme dargestellt werden:

	PflegeRente	PflegeTagegeld
Anspruchsgrundlage auch über Sozialgesetzbuch (SGB) hinaus:	Ja. Ein alternatives Punktesystem gemäß den Tätigkeiten des täglichen Lebens (ADL) und praxisnahe Einstufungskriterien bei Demenz (Alltagskompetenz bzw. mittelschwere kognitive Leistungseinbußen) sorgen für sicheren und erstklassigen Versicherungsschutz! Außerdem wird das SGB auf heutigem Stand festgeschrieben; d.h. künftige Verschlechterungen wirken sich nicht aus!	Nein. Es gilt ausschließlich nur das SGB; und zwar auch immer dann, wenn sich dessen Kriterien verschlechtern!
Garantierte Beiträge ohne Erhöhungen:	Ja, da Lebensversicherungsprodukt.	(Jährliche) Beitragserhöhungen, da Krankenversicherungsprodukt.
Beitragsfreistellung im Pflegefall:	Ja	Nein, die - sich (jährlich) erhöhenden - Beiträge müssen lebenslang bezahlt werden.
Beitragsrückgewähr an Hinterbliebene:	Ja	Nein
Sofortleistung von 6 Monaten bei erstmaliger Pflegebedürftigkeit:	Ja	Nein
Auch mittels Einmalbeitrag* abschließbar:	Ja	Nein (* z.B. Teilbetrag aus ablaufender Lebens- bzw. Rentenversicherung!)
Keine Rückstufung mehr möglich nach mehr als 18 monatiger Pflegebedürftigkeit:	Ja	Nein. Es kann jederzeit rückgestuft werden.
Günstiger Anfangsbeitrag:	Nein. Der Anfangsbeitrag ist höher, dafür ist er garantiert und kann nicht erhöht werden. Außerdem entfällt er mit Eintritt der Pflegebedürftigkeit.	Ja. Allerdings kann er sich jährlich erhöhen (Krankenversicherungsprodukt) und muss lebenslang bezahlt werden.
Gleich hohe Leistungen in allen Pflegestufen abschließbar:	Nein. Die volle Rente wird nur in Pflegestufe III fällig.	Ja. Neuerdings ist dies bei einem Anbieter möglich.

Hinweis

Wir favorisieren weiterhin eindeutig die PflegeRente, da sie die größeren Kundenvorteile bietet. Sie ist aber - anfänglich - auch teurer und vor allem deshalb nicht immer geeignet.



Investmentfonds

Meiden Sie Fonds mit zusätzlichen „Erfolgsgebühren“! Wir schützen Sie.

Wenn es um zusätzliche Einnahmen geht, ist nicht nur der Staat erfinderisch, sondern auch die Finanzindustrie. Die neueste Masche und Unsitte bei Investmentfonds: Eine zusätzliche „Erfolgsgebühr“.

Sie als Kunde bezahlen bei Fondskäufen den üblichen Ausgabeaufschlag, in dem auch die Beratungs- und Vermittlungsleistungen enthalten sind. Hinzu kommt eine jährliche interne Verwaltungs- und Managementgebühr; diese bezahlen Sie nicht extra, sie drückt sich vielmehr im Kurswert eines Fondsanteils aus. Das ist alles normal.

Nun greift die Unsitte um sich, zusätzlich „Erfolgsgebühren“ zu kassie-

ren. Das könnte man noch verstehen, wenn dafür die internen jährlichen Gebühren entsprechend sinken würden. Dann wäre das sogar sinnvoll. So ist aber nicht. Vielmehr kommen diese Erfolgsgebühren noch obendrauf.

Das ist von der Sache her nicht erforderlich, und es bedeutet für Sie eine unverhältnismäßige Kostenerhöhung, die wir deshalb ablehnen. Wir empfehlen nur Fonds ohne diese zusätzlichen Erfolgsgebühren.

Hinweis

Kosten sind unvermeidlich. Doch es gilt die alte Regel: So wenig wie möglich, und so viel wie nötig. Wir achten auf beides.

// Gerhard Pscherer //

Investmentfonds

Ausgabeaufschläge bleiben steuerlich abzugsfähig. Auch unter der Abgeltungssteuer ab 2009.

Auch nach neuem Recht bleiben die Ausgabeaufschläge bei Investmentfonds sogenannte „Anschaffungskosten“ und „wirken sich bei der späteren Ermittlung des steuerpflichtigen Veräußerungsgewinns steuermindernd aus.“

Dagegen „können individuelle Werbungskosten wie Depotgebühren oder Vermögensverwaltungsgebühren ab 2009 nicht mehr steuermindernd geltend gemacht werden.“

Hinweis

Wir haben in Deutschland auch ein steuerliches Wirrarr. Schön, dass dabei die Ausgabeaufschläge weiterhin absetzbar sind.



Impressum

HERAUSGEBER

Pscherer GmbH
Unabhängiger Versicherungsmakler für
Berufsunfähigkeitsversicherungen,
Renten- und Lebensversicherungen,
Pflege- und Krankenversicherungen

Investmentfonds

Fichtestraße 17 A
91054 Erlangen
Deutschland

Telefon 09131-2 00 52/53
Anrufzeiten Mo-Fr 9-13 Uhr
Beratungstermine nach Vereinbarung
Telefax 09131-20 65 73

E-Mail info@pscherer.de
Internet www.pscherer.de

Mitglied im



GESTALTUNG

Feuerpeil Werbeagentur, Bayreuth
www.feuerpeil.de

WICHTIGER HINWEIS

Trotz sorgfältiger Prüfung der Informationen kann eine Garantie für die Richtigkeit nicht übernommen werden. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion der Pscherer GmbH. Entwürfe und Pläne unterliegen dem Schutz des Urheberrechts.



Private Krankenversicherung

30 PKV-Unternehmen klagen vor dem Bundesverfassungsgericht (BVerfG).

30 PKV-Unternehmen haben Ende März 2008 Verfassungsbeschwerde gegen das jüngste Gesetz unserer Politik eingelegt. „Gemeinsam wehren sie sich gegen die massiven Belastungen der PKV durch die jüngste Gesundheitsreform.“

Die Klage „richtet sich gegen die Gesamtheit der Neuregelungen ..., die die PKV mittelbar oder unmittelbar betreffen.“

Darüber hinaus „unterstützen Versicherungsunternehmen (einzelne) Privatversicherte als weitere Beschwerdeführer, um gegen die sie betreffenden Regelungen vorzugehen. Es sind allesamt Personen, die durch die gesetzlichen Neuerungen belastet werden, obwohl die Versicherten ja gerade zu den Profiteuren des Gesetzes gehören sollten.“

Ein Beispiel soll dies verdeutlichen: „Die Subventionierung der beitragsfreien Mitversicherung der Kinder in der GKV verstößt gegen das Grundgesetz, solange nicht den Privatversicherten eine entsprechende Vergünstigung gewährt wird.

Wenn der Gesetzgeber die Unterstützung der Krankenversicherung von Kindern als gesamtgesellschaftliche Aufgabe ansieht, darf er nicht zwischen GKV und PKV differenzieren!“

So hat ein klagender Privatversicherter fünf Kinder - „die Ungerechtigkeit der einseitigen Subventionierung der GKV wird hier besonders deutlich.“

Hinweis

Was die Politik mit der PKV treibt ist kaum noch zu ertragen. Man kann nur hoffen, dass das BVerfG den Klagen im Wesentlichen folgen wird. Anzumerken ist, dass auch die Richter am BVerfG von der Politik ernannt werden.

// Gerhard Pscherer nach „PKV Publik“, 03.2008, 28ff //